



Anspruchsvolle Betreuung: Wenn alle an die Grenzen kommen

ab Seite 3

Seite 12

Partizipatives Denken verankern

Katrin Grüber über Hürden und Stolpersteine bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention

Seite 14

Europa will de-institutionalisieren

Der Blick über die Grenze zeigt: In Sachen Inklusion sind die Länder in Europa unterschiedlich weit

Liebe Leserin, lieber Leser

Kürzlich erzählte mir eine Kollegin, wie sie und andere Betreuende einer INSOS-Institution mit einem Bewohner, nennen wir ihn Marcel, in der Werkstatt Kerzen ziehen. Sie helfen ihm bei jeder Bewegung, führen seinen Arm bei jedem Eintauchen der Kerze ins flüssige Wachs – Eins-zu-eins-Betreuung. Seit sie so arbeiten, ist Marcel viel ruhiger, ausgeglichener und zufriedener. Er ist riesig stolz auf seine Kerzen. Die Betreuungssituation ist dank dieser aufwändigen Unterstützungsform weniger konfliktreich und herausfordernd. Und Marcells Medikamentendosis konnte erst noch gesenkt werden.



Solche Erfolge verdanken wir einerseits den gut ausgebildeten Fachkräften, andererseits geeigneten Einrichtungen, die solche unterstützenden Leistungen anbieten. Fürs Überleben solcher Angebote ist unabdingbar, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und diese nicht aus reiner Effizienzsicht gekürzt werden. Meine Kollegin macht sich Sorgen: Ihrer Institution wurde ein Sparpaket aufgebürdet, und Marcells Arbeitsprojekt wird vielleicht bald nicht mehr möglich sein.

Gerade anspruchsvolle Betreuungssituationen erfordern nebst geeignetem Fachwissen auch ausreichend Ressourcen, damit sie für die Betreuenden nicht zu Überlastung führen. Lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe des INSOS-Magazins.

Freundliche Grüsse

Peter Saxenhofer
Geschäftsführer INSOS Schweiz

Inhalt

2 Editorial

12 Umsetzung der UN-BRK:
Partizipation als Chance

14 Europa will de-institutionalisieren:
drei Länderbeispiele

16 INSOS Schweiz rückt näher
zu den Mitgliedern

18 Präsidentin Marianne Streiff:
«Das Wunder von Bern»

19 Der Schritt von der PrA ins
Berufsleben

20 Veranstaltungen 2015

Im Fokus
Anspruchsvolle
Betreuung

3 Betreuungsarbeit, die
herausfordert

4 Besser gerüstet dank neuer
Weiterbildung

6 «Kein Mensch ist untragbar»

10 Gewalt verstehen:
Institutionen erzählen

12 Wie Mitarbeitende gesund
bleiben

Betreuungsarbeit, die herausfordert

Studien zufolge zeigen zwischen 15 und 35 Prozent der Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung regelmässig herausforderndes Verhalten. Ihre Betreuung ist anspruchsvoll und kann Systeme überfordern. Sie vermag es aber auch, Teams zu motivieren und ihrer Arbeit einen tieferen Sinn zu geben.

Menschen, die herausforderndes Verhalten zeigen, die schreien, toben, schlagen, kratzen, spucken, Mobiliar zerstören und sich selber verletzen, fordern die Institutionen für Menschen mit Behinderung stark heraus. Und können bisweilen ganze Systeme überfordern.

Keine verlässlichen Zahlen

Wie häufig herausforderndes Verhalten bei Menschen mit Behinderung auftritt, dazu gibt es für die Schweiz keine verlässlichen Zahlen. Neuere Studien aus Grossbritannien, Kanada und Australien gehen davon aus, dass rund 15 bis 35 Prozent der Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung regelmässig herausforderndes Verhalten zeigen. Laut Stefania Calabrese von der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW in Olten dürfte dies in der Schweiz ähnlich aussehen.

«Studien zeigen auch, dass männliches Geschlecht, ein Alter zwischen 15 und 35 Jahren, ein hoher Behinderungsgrad sowie reduzierte motorische und kommunikative Kompetenzen zu den wichtigsten Risikofaktoren gehören», sagt Calabrese, die soeben mit Prof. Dr. Eva Büschi und drei weiteren Forschenden eine Studie zum Thema

herausfordernde Verhaltensweisen abgeschlossen hat (vgl. S. 6 ff.).

Tendenziell zunehmend

Obwohl Statistiken fehlen, geht die Fachliteratur davon aus, dass die Zahl der Menschen mit herausforderndem Verhalten zunimmt. Eine mögliche Erklärung ist, dass es heute als Folge des medizinischen Fortschritts tendenziell mehr Menschen mit schweren kognitiven Beeinträchtigungen gibt. Und diese sind besonders gefährdet, herausforderndes Verhalten zu zeigen.

Über- oder Herausforderung?

Die Begleitung dieser Menschen kann Mitarbeitende an ihre Grenzen bringen; sie vermag ihrer Arbeit aber auch einen tieferen Sinn zu geben und ganze Teams zu motivieren. Doch was braucht es, damit den Teams diese komplexe Betreuungsaufgabe gelingt? Was bedeutet Bedarfsorientierung in diesem anspruchsvollen Umfeld? Und wie bleiben Mitarbeitende gesund? Dies und mehr erfahren Sie auf den nächsten Seiten.

Barbara Lauber

Mehr zum Thema: Seiten 4 bis 12

Besser gerüstet dank neuer Weiterbildung

Eine Bedarfsanalyse hat gezeigt: Im Umgang mit komplexen Betreuungssituationen im Behindertenbereich braucht es eine Weiterbildung. Deren Inhalte werden zurzeit von INSOS Schweiz gemeinsam mit anderen Verbänden erarbeitet.

Wenn Menschen mit Behinderung an ihre Grenzen kommen, dann ist auch das Betreuungspersonal bisweilen überfordert: Ein Stuhl wird durchs Zimmer geworfen, jemand schlägt mit dem Kopf gegen die Wand oder isoliert sich in seiner Verzweiflung. Auf die Vertiefung

«Diese Weiterbildung trägt dazu bei, den Bedürfnissen von Menschen mit komplexer Behinderung gerechter zu werden.»

von Kompetenzen im Umgang mit solchen Situationen zielt die neue Berufsprüfung, welche derzeit von INSOS, Curaviva, agogis, insieme und Savoirsocial in Kooperation mit Experten aus der Praxis und Bildungsfachleuten entwickelt wird.

Der Weg zur anerkannten Berufsprüfung

Zurzeit führt Savoirsocial eine brancheninterne Anhörung zu Berufsbild und Qualifikationsprofil der Fachperson für komplexe Betreuungssituationen im Behindertenbereich durch. INSOS Schweiz nimmt daran teil; interessierte Institutionen können die Unterlagen bei verena.baumgartner@insos.ch beziehen. Spätestens 2018 sollte die Berufsprüfung genehmigt sein, so dass die ersten Fachpersonen die neue Weiterbildung in Angriff nehmen können. | spy

Eidgenössischer Fachausweis

Diese Berufsprüfung richtet sich an Fachpersonen mit mehrjähriger Praxiserfahrung, insbesondere Fachpersonen Betreuung. Die vorbereitenden Kurse werden berufsbegleitend besucht, dauern rund zwei Jahre und werden mit einem eidgenössischen Fachausweis abgeschlossen (siehe Kasten). Der Fokus liegt in der Begleitung von Menschen mit Mehrfachbehinderungen, beispielsweise von Personen mit einer kognitiven und einer psychischen Beeinträchtigung. Aber auch Lebensphasen-Übertitte wie das Älterwerden oder einschneidende Erfahrungen wie der Verlust eines nahestehenden Menschen können anspruchsvolle Situationen auslösen und werden deshalb vertieft behandelt.



Sich mit Menschen mit eingeschränkter Kommunikation verständigen ist auch Ziel der Berufsprüfung. | Foto: Robert Hansen

Die neue Weiterbildung soll das Betreuungspersonal befähigen, die Entstehung und Dynamik von Krisen frühzeitig zu erkennen und angemessen zu reagieren. Doch, und das ist Verena Baumgartner, INSOS-Bereichsleiterin Bildung und operative Projektleiterin der Berufsprüfung, ebenso wichtig: «Es geht auch darum, im Alltag gute Rahmenbedingungen für eine hohe Lebensqualität und die Teilhabe der Menschen mit Behinderung zu schaffen und sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen und Bedürfnisse einzubringen. Je besser das gelingt, desto weniger Krisen entstehen.» Das heisst etwa,

dass Fachpersonen für komplexe Betreuungssituationen Methoden der unterstützenden Kommunikation kennen, um sich mit Menschen zu verständigen, die nur eingeschränkt verbal kommunizieren. Auch auf den systematischen Einbezug des Umfelds, etwa der Angehörigen, wird Wert gelegt.

Partizipation trotz allem

Die neue Berufsprüfung ist das Resultat einer breit abgestützten Bedarfsanalyse im Jahr 2012. Diese zeigte auf, dass das Betreuungspersonal auf vertiefte oder zusätzliche Kompetenzen angewiesen ist. Verena Baumgartner ist sich

bewusst, dass manche Situationen herausfordernd bleiben werden. Sie ist aber auch überzeugt, dass diese bedarfsorientierte Weiterbildung dazu beiträgt, den Bedürfnissen von Menschen mit komplexer Behinderung gerechter zu werden. «Auch wenn die Alltagsbewältigung den Betreuenden manchmal das Äusserste abverlangt, so sollen Lebensqualität und Partizipation der Menschen mit Beeinträchtigung die Leuchttürme bleiben, nach denen das Personal seine Arbeit ausrichtet.»

www.insos.ch > Themen

Barbara Spycher

INSOS agiert

Die Bildungsentwicklung im Sozialbereich vorausschauend mitgestalten: Das ist eine Kernaufgabe von INSOS.

Die Berufsbildung ist in der Schweiz gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. So steht es im Berufsbildungsgesetz. Als Branchenverband setzt sich INSOS dafür ein, dass den Institutionen auch in Zukunft genügend und gut qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung steht. Deshalb engagiert sich der Verband in Bildungsgremien und Trägerschaften.

Aktuelle Schwerpunkte:

- INSOS leitet das Projekt zur Erarbeitung einer Berufsprüfung für komplexe Betreuungssituationen (siehe Haupttext).
- Unter Mitarbeit von INSOS ist die Ausbildung zur Fachperson Betreuung im vergangenen Jahr auf Revisionsbedarf evaluiert worden. Zurzeit wird das Reformkonzept erstellt.
- Mit einer Berufsfeld- und Bedarfsanalyse wird abgeklärt, ob die bestehenden Abschlüsse (HFP Arbeitsagogik und HF Sozialpädagogische Werkstattleitung) den Anforderungen im Arbeitsbereich entsprechen. INSOS arbeitet in der Projektgruppe mit.
- Um adäquate Massnahmen gegen einen Fachkräftemangel im Sozialbereich ergreifen zu können, braucht es Fakten über den aktuellen und künftigen Fachkräfte- und Bildungsbedarf. Diese werden im Rahmen einer Studie von Savoirsocial, der Dach-Organisation der Arbeitswelt Soziales, erhoben. Als Vorstandsmitglied von Savoirsocial ist INSOS Schweiz massgeblich an dieser Studie beteiligt. | spy

«Kein Mensch ist untragbar»

Sie fordern heraus. Und nicht selten überfordern sie. Menschen mit schwerer Behinderung, die Gewalt gegen sich und andere ausüben, wurden lange zwischen Psychiatrie und Institutionen hin- und hergeschoben. Heute setzen immer mehr Institutionen auch bei diesen Menschen auf eine bedarfsorientierte Begleitung und spezialisierte Angebote. Viele der Betroffenen erleben dadurch zum ersten Mal, was es heisst, ein Zuhause zu haben.

Im Wald hoch über der Gemeinde Aesch (BL) liegt eine dünne Schicht Schnee auf dem Boden. Es ist kalt an diesem Morgen, der Atem dampft. Am Rande eines Schotterwegs schleppt eine Gruppe Waldarbeiter schweigend Äste zu einem Geländewagen. Nur das

«Die Waldleute sind zugänglicher geworden, verletzen sich und andere seltener und bewältigen Krisen schneller.»

laute Knacken von Holz unter ihren schweren Schuhen und kurze gesprochene Anweisungen sind zu hören. Sonst ist es winterstill. Kein Spaziergänger würde vermuten, dass sich diese Arbeiter in den

leuchtend orangen Schutzjacken früher nur in geschlossenen Räumen aufgehalten haben und ihnen kaum jemand eine Arbeit ausserhalb zugetraut hätte.

Vom Klienten zum Waldarbeiter

Die sieben Waldarbeiter sind Klienten des Tageszentrums Klosterfiechten, das sich auf die Betreuung von Menschen mit Mehrfachbehinderung, Autismus und stark herausforderndem Verhalten spezialisiert hat. Die meisten verfügen über keine aktive Sprache und haben eine unstete Vergangenheit hinter sich, gezeichnet von Gewalt, Institutionswechseln und Psychiatrieaufenthalten. Hinzu kommen Erfahrungen von Isolation, Fixation, Medikation. «Diese Männer

nun unter freiem Himmel als Waldarbeiter zu sehen, berührt mich tief», sagt Andreas Fink, Leiter des

«Der Wald schenkt Ruhe, schluckt Schreie, vermittelt Freiheit. Er ist einfach ein super Sozialpädagoge.»

Tageszentrums Klosterfiechten, das zum Verbundsystem für Menschen mit Behinderung des Kantons Basel-Stadt gehört.

Erstmals ein Zuhause finden

Die wenigsten Menschen mit schwerer Behinderung, die immer wieder Gewalt gegen sich und andere anwenden, haben in der Vergangenheit ein stabiles Zuhause >



Der Wald entspannt: Ein Waldarbeiter des Tageszentrums Klosterfiechten entfernt Äste | Foto: Annette Boutellier

«Wir müssen die verborgenen Botschaften hinter dem Verhalten entschlüsseln. Erst wenn wir sie verstehen, ist es möglich, Eskalationen zu verhindern.»

gefunden. Sie waren Heimatlose und lebten mit dem Wissen, nirgends wirklich willkommen zu sein. Doch seit einigen Jahren findet ein Umdenken statt: Immer mehr Institutionen setzen auch in der Begleitung dieser Menschen auf eine klar bedarfsorientierte Haltung sowie auf spezialisierte Angebote mit hohem Betreuungsschlüssel, angepasster Infrastruktur, stabiler, verlässlicher Tagesstruktur und geschultem Personal. Zudem suchen Institutionen zunehmend die Zusammenarbeit mit der Psychiatrie

sowie die gezielte Unterstützung durch Fachberatende.

Menschenwürde im Zentrum

Trotzdem wird der Bedarfsorientierung in der Intensivbetreuung heute unterschiedlich intensiv nachgelebt. Dieses Fazit zieht Stefania Calabrese von der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW nach Abschluss der Studie «Herausfordernde Verhaltensweisen von Erwachsenen mit schweren/mehrfachen Beeinträchtigungen», für die sie mit Prof. Dr. Eva Büschi und drei weiteren Forschenden qualitative Interviews mit Leitungs- und

Betreuungspersonen geführt und Akten von Klientinnen und Klienten analysiert hat. «Unsere Studie zeigt, dass die Betreuungsteams heute teilweise bedarfsorientiert wie auch entwicklungsanregend arbeiten», erklärt Calabrese. Es zeige sich aber auch, dass manchmal

«Unsere tägliche Arbeit basiert auf der festen Überzeugung, dass kein Mensch untragbar ist.»

restriktive, repressive Massnahmen wie Fixation, Separierung oder Medikation ergriffen werden, um herausforderndes Verhalten zu reduzieren. Calabrese betont: «Es gibt Situationen, in denen eine repressive Intervention scheinbar notwendig ist, um die Sicherheit aller zu gewährleisten. Klar ist jedoch auch, dass sie das Problem nicht lösen, sondern bloss eine Eskalation kappen können.» Wichtig sei deshalb, sich bei jeder repressiven Massnahme zu fragen, auf welche Weise die Menschenwürde am geringsten eingeschränkt wird.

Botschaften entschlüsseln

Doch wie lassen sich herausfordernde Verhaltensweisen konstruktiv reduzieren und Entwicklungschancen schaffen? «Indem die verborgenen Botschaften hinter dem Verhalten entschlüsselt werden», sagt Stefania Calabrese. Vielfach stecken Frustration,



Wärmendes Zentrum des Waldplatzes ist die grosse Feuerstelle | Foto: Annette Boutellier



Konzentriertes, ruhiges Arbeiten: Ein Waldarbeiter trägt Windbruchholz weg
Foto: Annette Boutellier

Überforderung, Stress, Schmerzen, Scham, Trauer, fehlende Kommunikationsmöglichkeiten, Langeweile oder mangelnde Zuwendung dahinter. Wichtig sei zu verstehen, welche Befindlichkeit oder welches Bedürfnis hinter dem Verhalten stehe, welche Funktion das Verhalten habe und welche Umweltbedingungen das Verhalten begünstigten. «Erst dann ist es möglich, Eskalationen zu verhindern, alternative Verhaltensweisen aufzuzeigen, eine Persönlichkeitsentwicklung anzuregen und adäquate Lebensräume zur Verfügung zu stellen.»

Auch in der Praxis wird der positive Einfluss der Bedarfsorientierung betont. «Unsere tägliche Arbeit basiert auf der festen Überzeugung, dass kein Mensch untragbar ist», betont etwa Philippe Cramer von

der Stiftung Lebenshilfe in Reinach (AG). Seine Begleittteams haben sich zum Ziel gesetzt, den Klienten auch in und vor allem nach Extremsituationen beizustehen und ihren Verbleib in der WG sicherzustellen. «Wenn diese Haltung von allen mitgetragen wird, dann wird vieles möglich», betont Cramer – und erzählt von zwei Klientinnen, die derzeit schrittweise in die herkömmliche Tagesstruktur integriert werden können. «Was für eine bemerkenswerte Entwicklung!»

Unkonventionelle Lösungen

Auch für Andreas Fink vom Tageszentrum Klosterfiechten ist die Bedarfsorientierung der Kern seiner Arbeit. Damit verbunden ist für ihn die Bereitschaft, wenn nötig unkonventionelle Wege zu beschreiten und sich auch «ausserhalb

der Komfortzone» zu bewegen. 2003 setzte er dies in die Tat um, als er sich erstmals mit Klienten in den Wald wagte und mit Hilfe eines Försters den ersten Waldplatz aufbaute: mit einer Feuerstelle als wärmendes Zentrum, mit Unterständen, schlichten Hockern und einer einfachen Wald-Toilette.

Wald als guter Sozialpädagoge

Andreas Fink blickt an diesem Wintermorgen zufrieden hinüber zu den Waldarbeitern, die am Feuer oder etwas abseits heissen Tee trinken, und sagt: «Wir haben mit dem Waldplatz etwas erreicht, was viele nicht für möglich gehalten haben.» Die Waldleute seien zugänglicher und selbstsicherer geworden, sie verletzten sich und

«Wenn alle Mitarbeitenden die bedarfsorientierte Haltung mittragen, dann wird vieles möglich.»

andere seltener, müssten weniger Medikamente einnehmen und bewältigten Krisen schneller. «Der Wald vermittelt Freiheit, schluckt Schreie, schenkt Ruhe», schwärmt Fink und fügt augenzwinkernd hinzu: «Der Wald ist einfach ein super Sozialpädagoge.»

Barbara Lauber

Hinweis: Am 26. Juni 2015 findet in Olten der INSOS-Workshop «Waldplatz» mit Andreas Fink statt.

Gewalt verstehen

Die Begleitung von Menschen mit herausforderndem Verhalten ist anspruchsvoll. Mit einer bedarfsorientierten Haltung versuchen heute Institutionen, den Menschen «hinter» den Übergriffen zu sehen – und damit die Menschenwürde zu wahren und Gewalt zu verhindern. Wir stellen vier von ihnen vor.

Tageszentrum Klosterfiechten



Auf dem Waldplatz des Tageszentrums Klosterfiechten werden die Männer und Frauen, die aufgrund ihres herausfordernden Verhaltens während Jahren als «nicht tragbar» galten, zu Waldarbeitern und Waldarbeiterinnen (vgl. S. 6 ff). «Hier finden sie Ruhe, Weite, eine reizarme Umgebung, eine sinn- und identitätsstiftende Arbeit, eine feste Struktur und erleben sich erstmals als wichtigen Teil eines Ganzen», sagt Andreas Fink, Leiter des Tageszentrums. Die Folge: weniger Selbst- und Fremdaggressionen, weniger Übergriffe, weniger sedierende Medikamente. In verschiedenen Wäldern stehen pro Tag zehn Tagesstätten-Plätze zur Verfügung. Gearbeitet wird an fünf Tagen pro Woche – bei jedem Wetter. Auf 2,5 Klientinnen und Klienten kommt 1 Betreuungsperson. Die Arbeiten – wie kochen, Holz spalten, Rinnen säubern, Abfall einsammeln oder Schnee- und Windbruchholz entfernen – werden morgens den individuellen Bedürfnissen entsprechend neu verteilt und ohne Druck angegangen. «Unser Ziel ist eine selbstbestimmte, autonome Tagesgestaltung», fasst Fink zusammen. Auch sich zurückziehen und zuschauen ist folglich erlaubt. | blb

Zentrum für Taubblindheit



Die FRSA in Monthey ist das spezialisierte Zentrum der ganzen Westschweiz für die Betreuung von taubblinden Menschen sowie hörbehinderten Personen mit einer zusätzlichen Behinderung, etwa Autismus. Wenn sowohl das Sehen als auch das Hören eingeschränkt sind oder ganz wegfallen, wird Kommunikation eine grosse Herausforderung. Möglich ist sie über die Gebärdensprache oder die taktile Kommunikation. Dennoch führt eine schwere Beeinträchtigung der beiden Sinne zu Isolation mit Ängsten und kann gewalttätiges Verhalten auslösen, wie Françoise Gay Truffer, Leiterin der FRSA, weiss. Um Gewalt vorzubeugen, ist ein genügend hoher Personalschlüssel unabdingbar. In der FRSA stehen für 25 Menschen mit Behinderung 39 Vollzeitstellen zur Verfügung. Wichtig sind in Truffers Augen auch eine gute Aus- und Weiterbildung sowie eine stabile Persönlichkeit der Mitarbeitenden. Die FRSA setzt auf regelmässige Situationsanalysen anhand von Videoaufnahmen. «Dabei geht es nicht darum, die Pathologie des anderen zu analysieren, sondern das eigene Verhalten. Ihn können wir nicht ändern, unser Verhalten schon.» | spy

Stiftung Lebenshilfe



Seit zwei Jahren leben acht Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen in zwei WGs der Stiftung Lebenshilfe an der Basalgasse in Reinach (AG). Viele von ihnen haben dort erstmals in ihrem Leben ein festes Zuhause gefunden. «Wer hier lebt, soll die Gewissheit haben, dass er trotz Krisen bleiben darf», betont Philippe Crameri, Bereichsleiter Beschäftigung/Wohnen I. Um dies zu gewährleisten, wurde nicht nur der Personalschlüssel erhöht, sondern auch die Infrastruktur angepasst. Die nötige medizinische und psychiatrische Unterstützung wird ins Haus geholt und ist fester Bestandteil des Konzepts.

Bedarfsorientierung – nach diesem Credo arbeiten Crameri und seine zwei Begleitetteams. «Es ist wichtig zu verstehen, wie es um die biopsychosoziale Bedürfnislage des Menschen steht und wo er mit Gewalt und Aggression als Coping-Strategie reagiert», betont er. Nur so könne das Team an Lösungen arbeiten und herausfinden, wie gewaltauslösenden Situationen zu vermeiden seien. Die Menschenwürde wie auch die Sicherheit stehen für Crameri an oberster Stelle. Zum einen werden die Mitarbeitenden in Deeskalationsstrategie und Befreiungstechniken ausgebildet und können ein Training in Jiu-Jitsu besuchen. Zum andern bietet die Infrastruktur so viel Sicherheit wie möglich – u.a. dank einem Time-Out-Raum, einem geschlossenen Aussenraum, modernem Meldesystem, zwei Türen zu den Nasszellen sowie doppelten Zimmertüren, wovon eine eine Öffnung hat und als «Kontakttüre» dient. Diese Türen seien das wichtigste Element: «Sie ermöglichen uns auch in Extremsituationen Kommunikation, Sicht- und Hörkontakt», betont Crameri. | blb

Fachstelle Luzerner Psychiatrie



In der Luzerner Psychiatrie haben Heilpädagogen ein gewichtiges Wort mitzureden: In der Heilpädagogisch-Psychiatrischen Fachstelle kümmern sich vier Heilpädagogen ambulant und stationär um Menschen mit einer kognitiven Behinderung, welche wegen Verhaltensauffälligkeiten die Dienste der Psychiatrischen Klinik aufsuchen. Das bedeutet etwa, dass der Heilpädagoge – und nicht wie sonst üblich die Psychiaterin – bei einem stationär betreuten Patienten mit Behinderung die Fallführung innehat. Und wenn die Fachstelle in einer Institution konsiliarisch tätig ist, so arbeiten immer eine Psychiaterin und ein Heilpädagoge interdisziplinär zusammen. Damit macht Alois Grüter, Leiter der Fachstelle, sehr positive Erfahrungen: «So werden unterschiedliche Diagnosemethoden und Sichtweisen miteinander verbunden, was zu vielschichtigen und koordinierten Interventionsmöglichkeiten auf der körperlichen, psychosozialen oder psychiatrischen Ebene führt.» Allzuoft, so Grüters Erfahrung, seien nicht erkannte körperliche Ursachen oder Konflikte im Umfeld die Ursache für ein auffälliges Verhalten bei Menschen mit Behinderung. Auch auf die Zusammenarbeit mit den Institutionsmitarbeitenden legt Grüter grossen Wert: Bei einem stationären Aufenthalt arbeiten auch mal Betreuerinnen und Betreuer aus der Institution in der Klinik mit, die Fachstelle coacht ganze Teams, und auch mit den Institutionsleitenden findet ein Austausch statt. «Wir gehen davon aus, dass auch Menschen mit Behinderung Anrecht auf professionelle Behandlung haben. Dazu gehört zwingend die Begleitung des Umfelds», betont Alois Grüter. | spy

Unterstützung

Mitarbeitende in der Intensivbegleitung kommen vielfach an ihre Grenzen. Welche Unterstützung brauchen sie, um gesund zu bleiben?

Wer Menschen mit schwerer geistiger oder Mehrfachbehinderung begleitet, die stark herausforderndes Verhalten zeigen, muss bei seiner Arbeit jederzeit hochpräzise sein. Denn in der Intensivbegleitung sind Mitarbeitende immer wieder körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt, die manchmal völlig überraschend auftritt. Diese Unberechenbarkeit und die teilweise hohe Intensität von Gewalt können auch bei erfahrenen Betreuenden Angst auslösen und ihnen zusetzen. Welche Unterstützung brauchen sie, damit sie trotzdem gesund bleiben? Am INSOS-Erfahrungsaustausch zum Thema «Gesundes Personal in der Intensivbetreuung» vom Mai 2014 fassten die Teilnehmenden die wichtigsten Faktoren zusammen.

Humor und Optimismus sind hilfreich

Als zentral erachtet werden unter anderem folgende Punkte: klare, verbindliche Konzepte, Massnahmen und Abläufe, Austausch im Team, Wertschätzung und aktives Nachfragen durch die vorgesetzte Person, Sicherheit, ein Notfallsystem, Nachsorge nach einem Gewaltvorfall, Supervision, Fachberatung und Weiterbildung sowie Erholung im Privatleben. Als hilfreich erachten die Teilnehmenden zudem, wenn ihre Kolleginnen und Kollegen über Humor, Bodenständigkeit, Optimismus, Stabilität, Belastbarkeit und hohe Reflexionsfähigkeit verfügen.

Dokument unter: www.insos.ch > Plattform

Barbara Lauber

Partizipation als Chance

Wie lässt sich die UNO-Behindertenrechtskonvention im institutionellen Alltag am besten umsetzen? «Mit einem Aktionsplan», sagt Katrin Grüber. Die Leiterin des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft in Berlin setzt sich dafür ein, dass die Partizipation von Menschen mit Behinderung selbstverständlich wird.



Katrin Grüber ist Leiterin des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft in Berlin | Foto: zvg

Frau Grüber, in Deutschland ist die UNO-Behindertenrechtskonvention seit 2009 in Kraft. Haben sich die Institutionen seither stark verändert?

Katrin Grüber: Die UN-BRK hat in den meisten Einrichtungen und in vielen Teilen der Gesellschaft eine Diskussion über Inklusion und Partizipation in Gang gebracht. Das hat bisher kein anderes Gesetz geschafft. Einige Einrichtungen haben die UN-BRK zum Anlass genommen, sich zu verändern und neue Wege zu beschreiten. In anderen Einrichtungen hat sich noch nicht viel bewegt. Selbstverständlich hatten viele Institutionen bereits vor der UN-BRK Teilhabe,

Selbstbestimmung und Autonomie in ihre Konzepte integriert.

Auch die Schweiz hat inzwischen die UN-BRK ratifiziert. Mit welchen Fragen müssen sich nun die Schweizer Institutionen auseinandersetzen?

Den Institutionen empfehle ich, sich folgende Fragen zu stellen: «Wo stehen wir in Bezug auf die UN-BRK? Was machen wir schon heute gut? Und wo wollen wir noch besser werden?» Ein zentrales Thema ist die Partizipation der Menschen mit Behinderung. Hier können sich die Institutionen fragen: «Werden die Bewohner heute in Entscheidungen einbezogen? Wo entscheiden sie selbst – wo wird für sie entschieden? Haben sie Wahlmöglichkeiten? Und was können wir tun, damit sie die Fähigkeit erlangen, überhaupt eine Entscheidung zu treffen?» Diese Fragen waren schon vor der UN-BRK wichtig. Spätestens jetzt ist es notwendig, sie zu beantworten. Wichtig ist, dass sich die Einrichtungen nicht vor der UN-BRK fürchten oder sich lähmen lassen. Die Konvention bietet allen die Chance, die Ressourcen und das Potenzial der Bewohner neu zu entdecken.

Die UN-BRK fordert unter anderem das Recht auf unabhängige Lebensführung sowie das Wunsch- und Wahlrecht. Welche Folgen hat dies für stationäre Wohnformen?

Damit Menschen mit Behinderung eine Wohnform wählen können, muss es mehr dezentrale und ambulante und weniger stationäre Einrichtungen geben. Dies gilt auch für Menschen mit schwerer Behinderung. Es ist die Aufgabe der Einrichtungen, für diese Vielfalt zu sorgen. In der Folge bedeutet dies, dass stationäre Einrichtungen kleiner werden oder auch aufgelöst werden. Es gilt aber auch zu respektieren, wenn ein Mensch in einer stationären Einrichtung bleiben will. Auch das kann ein Ausdruck des Wunsch- und Wahlrechts sein.

Sie begleiten derzeit Institutionen bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Was erleben Sie dabei als grösste Herausforderung?

Die grösste Herausforderung ist es, das partizipative Denken in den Köpfen zu verankern. Trotz vieler positiver Entwicklungen gibt es in Einrichtungen nach wie vor eine fürsorgliche Haltung gegenüber Menschen mit Behinderung. Mitarbeitende trauen den Bewohnerinnen und Bewohnern zu wenig zu. Folglich gibt es dort auch keine Beteiligungskultur und keine Prozesse, die es diesen Menschen ermöglichen mitzureden. Was wir jetzt brauchen, ist ein neues Rollenverständnis und eine partizipative



Die Partizipation von Menschen mit Behinderung ist zentral | Foto: Lebenshilfe Hannover

tive Haltung im Umgang mit Menschen mit Behinderung.

Die Flughöhe der UN-BRK ist relativ hoch. Wie lässt sich die Konvention im institutionellen Alltag denn am besten umsetzen?

Ein gutes Instrument sind sog. Aktionspläne. Sie vermögen es, abstrakte Ziele mit dem Alltag zu verbinden. Das Innovative und Entscheidende an Aktionsplänen ist: Alle müssen am Prozess beteiligt sein – insbesondere die Menschen mit Behinderung! Für einen Aktionsplan braucht es mindestens eine Person, die von diesem Instrument begeistert ist und die Projektleitung übernimmt. Ihre Aufgabe ist es, andere zu begeistern und alle relevanten Personen zu beteiligen. Alle sollen das Gefühl haben: Das ist unser gemeinsamer Plan! Wichtig ist, dass auch die Leitung hinter dem Projekt steht und Ressourcen für die Erarbeitung und Umsetzung des Plans

zur Verfügung stellt. Dann gilt es im Rahmen von Workshops und Arbeitsgruppen zu klären, was genau die Einrichtung erreichen will und welche Massnahmen sich aus diesen Zielen ableiten lassen.

Und was braucht es, damit ein Aktionsplan gelingt?

Partizipation darf keine Pflichtübung sein, alle sollen mit Freude mitarbeiten! Für einen Aktionsplan braucht es nicht zwingend eine externe Moderation, sie kann aber hilfreich sein. Wichtig ist auch zu verstehen, dass die angestossenen Prozesse unterschiedlich lange dauern können und gewisse Prozesse nie abgeschlossen sind. Aber das Schöne ist: Je länger sich Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mit dem Thema Partizipation befassen, desto selbstverständlicher wird sie.

www.imew.de > Projekte

Barbara Lauber

Europa will de-institutionalisieren

Mit seiner «Roadmap zur De-Institutionalisierung» gibt der europäische Dachverband EASPD die Richtung vor: Hin zu gemeindenahen Dienstleistungen nach den Prinzipien von Teilhabe und Inklusion. INSOS-Geschäftsführer Peter Saxenhofer unterstützt diese Forderung, sieht aber Klärungsbedarf bei der Definition von Institutionen.

Die Kritik von EASPD-Präsident Franz Wolfmayr ist deutlich: «Statt partizipative, inklusive und personenzentrierte Ansätze verfolgen stationäre Einrichtungen meist einen beschützenden und segregierenden Ansatz.» Das Ziel der EASPD, des europäischen Dachverbands für Behinderteninstitutionen, ist deshalb, europaweit gemeindenahen Dienstleistungen voranzutreiben, welche den

Forderungen der UNO Behindertenrechtskonvention nach Teilhabe und Inklusion entsprechen. In seiner «Roadmap zur De-Institutionalisierung», welche im Dezember 2013 publiziert wurde, zeigt der Verband Wege auf, wie die verschiedenen

Player diesen Paradigmenwechsel einleiten können: Zum Beispiel, indem Menschen mit Behinderung in die Planung der Dienstleistungsangebote einbezogen werden (siehe Interview S.12).

Auch für die Schweiz eine Herausforderung

INSOS Schweiz ist Mitglied des europäischen Dachverbands und unterstützt den Aufruf zu inklusiven, partizipativen, personenzentrierten Dienstleistungsangeboten. Auch die Institutionen in der Schweiz seien gefordert, ihre Angebote in diese Richtung zu überprüfen und weiterzuentwickeln, sagt INSOS-Geschäftsführer Peter Saxenhofer: «Es ist eine Herausforderung, aber auch eine spannende Aufgabe, Menschen mit Behinderung in die Entwicklung der Dienstleistungen miteinzubeziehen.»

Institutionen braucht es weiterhin

Doch beim Begriff «De-Institutionalisierung», den sich die EASPD auf die Fahne geschrieben hat, sieht Saxenhofer Klärungsbedarf. «Die EASPD will weg vom klassischen Bild der Institution, das durch ein idyllisches, aber abgelegenes Wohnheim auf dem Land symbolisiert wird.» Nicht in Frage gestellt seien hingegen Angebote wie beispielsweise Wohnschulen, begleitetes Wohnen oder Supported Employment, obwohl diese ebenfalls von Institutionen erbracht würden. Und auch wenn solche ambulanten Dienstleistungen zu fördern seien, so ist für Peter Saxenhofer klar: «Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung heisst, auch das Wohnen in einer Gemeinschaft oder Arbeit im geschützten Rahmen anzubieten.» Diese Angebote brauche es erst dann nicht mehr, wenn sie nicht mehr erwünscht seien und die Menschen eine passende Alternative hätten. Wie der Blick über die Grenzen zeigt (siehe S. 15/16), sind die einzelnen Länder von inklusiven Angeboten unterschiedlich weit entfernt. Während Schwedens Modell Vorbildcharakter hat, kämpft Wales mit knapperen Finanzen und Norwegen baut wieder grössere Institutionen.

Barbara Spycher

Norwegen baut wieder grössere Institutionen



Etwa seit der Jahrtausendwende ist in Norwegen der folgende Trend zu verzeichnen: Grosse und mittelgrosse

Gemeinden errichten soziale Institutionen, in denen mehr Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung zusammenleben, als dies nach der Aufgabenreform von 1991 der Fall war. Damals, als die Verantwortung für die Behinderteninstitutionen an die lokalen Behörden überging, wurde diese Entwicklung nicht vorhergesehen. Man ging davon aus, dass die lokalen Behörden Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung dabei unterstützen würden, ein möglichst selbständiges Leben nach den Prinzipien von Normalisierung, Teilhabe und Autonomie zu führen. Doch dem ist nicht so.

Während der letzten zehn bis fünfzehn Jahre wurden Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung von Einzelwohnungen, die sich in gewöhnlichen Wohnsiedlungen befanden, in grössere Wohngruppen und regelrechte «Betreuungsghettos» verlegt. Dort werden Dienstleistungen für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen erbracht. Die Mitarbeitenden wurden grösseren Abteilungen zugewiesen, welche Dienstleistungen für eine grössere Zahl von betreuten Personen erbringen. Menschen, die bislang in ihrer eigenen Wohnung lebten, teilen sich ihr neues Zuhause mit sieben oder mehr Personen. Das sind drei bis vier Personen mehr, als im Zusammenhang mit der Aufgabenreform von 1991 empfohlen worden war.

Diese Entwicklung in grossen und mittelgrossen Gemeinden hat Benutzerorganisationen, Fachleute und Parlamentsmitglieder aufgerüttelt. Diese werfen die Frage auf, ob die Gemeinden nun Fehler aus der Vergangenheit wiederholen. Es ist auch zu prüfen, ob dies gegen das norwegische Recht und die UNO-Behindertenrechtskonvention verstösst.

Britt-Evy Westergård, Forschungsstipendiatin und norwegische Sozialpädagogin | bearbeitet von spy



1994 trat in Schweden ein Gesetz in Kraft, welches das Wohnen in Institutionen für Menschen mit Behinderung unter-

sagte. Seit dem Jahr 2000 gibt es in Schweden keine Wohnheime mehr. Heute wohnen die meisten Menschen mit Behinderung in der so genannten «Fokuswohnform». Das heisst: Jede Person hat eine eigene Wohnung von rund 45 Quadratmeter mit Küche, Bad, Wohn- und Schlafzimmer in einem barrierefreien Mehrfamilienhaus. Im gleichen Haus gibt es maximal sechs solche Wohnungen für Menschen mit Behinderung sowie Gemeinschaftsräume wie ein Wohnzimmer und eine Küche. Jeder Mensch mit Behinderung kann wählen, ob er allein in seiner Wohnung oder in der Gruppe essen und Zeit verbringen will. Rund um die Uhr ist eine Betreuungsperson vor Ort. Nebst der Grösse der Wohnung schreibt das Gesetz auch vor, dass es in einem Quartier nicht mehr als zwei solche Wohneinrichtungen geben darf.

Einzigartig ist in Schweden nicht nur das Recht der Menschen mit Behinderung auf eine eigene Wohnung, sondern auch die Kommunalisierung. Zuständig für die Menschen mit Behinderung sind die Gemeinden, und von Geburt an ist jeder Person mit Behinderung ein Sozialarbeiter zugeteilt. Dieses Prinzip funktioniert in den meisten Fällen sehr gut, weil die Sozialarbeitenden die Menschen persönlich kennen. Das System kann dann an seine Grenzen kommen, wenn eine kleine Kommune für eine Person mit komplexerer Behinderung zuständig ist oder wenn die Sozialarbeitenden an sozialen Brennpunkten überlastet sind.

Insgesamt hat die Lebenssituation für Menschen mit Behinderung in Schweden Vorbildcharakter, sowohl was die Lebensqualität als auch die gesellschaftliche Akzeptanz betrifft.

Helmut Just, 1. Vorsitzender des Vereins Solåkraby (Behinderteneinrichtung) | bearbeitet von spy



In Sachen Inklusion ist Schweden anderen Ländern einen Schritt voraus
Foto: zvg

England mit grösseren Wohngruppen als Wales



Bis in den frühen 80er-Jahren lebten im Vereinigten Königreich die meisten Erwachsenen mit einer kognitiven

Beeinträchtigung zu Hause bei ihrer Familie. Eine Minderheit wurde in sogenannten «Spitälern für Menschen mit geistiger Behinderung» betreut. Diese befanden sich auf dem Land in abgelegenen Einrichtungen hinter hohen Mauern; die Bedingungen waren vielerorts erschreckend. Eine Reihe von Missbrauchsskandalen führte zuerst in Wales, später auch in England, Schottland und Nordirland dazu, dass diese Spitäler geschlossen und in den Gemeinden neue Dienstleistungsmodelle entwickelt wurden.

1983 lebten in Wales noch 3200 Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung in solchen Spitälern oder ähnlichen Einrichtungen. 2009 konnten die allerletzten Erwachsenen in ein neues Wohnangebot umziehen. Diese funktionieren nach dem Motto «ganz normale Unterkünfte in ganz normalen Quartieren». In der Regel sind Non-Profit-Organisationen damit beauftragt, die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrem Alltag zu unterstützen. Beim Umfang der Unterstützung wird ein Gleichgewicht zwischen Selbständigkeit und Sicherheit angestrebt.

Wales und England verfolgen bei diesen Wohnangeboten einen unterschiedlichen Ansatz, was signifikante Auswirkungen hat. Während in Wales durchschnittlich vier Personen in einer Wohngruppe nach dem neuen Konzept leben, sind es in England 13 Personen. Doch auch in Wales ist es aufgrund der Finanzkrise schwieriger geworden, finanzielle Mittel zu beschaffen. Daraus resultiert ein gewisser Druck, die Zahl der in einer Wohngruppe zusammenlebenden Personen zu erhöhen. Ausserdem nimmt die Zahl der Erwachsenen, die zu Hause bei ihren Familien leben, wieder zu.

James Crowe, Direktor «Learning Disability Wales» und EASPD-Vizepräsident | bearbeitet von spy

INSOS: näher bei den Mitgliedern

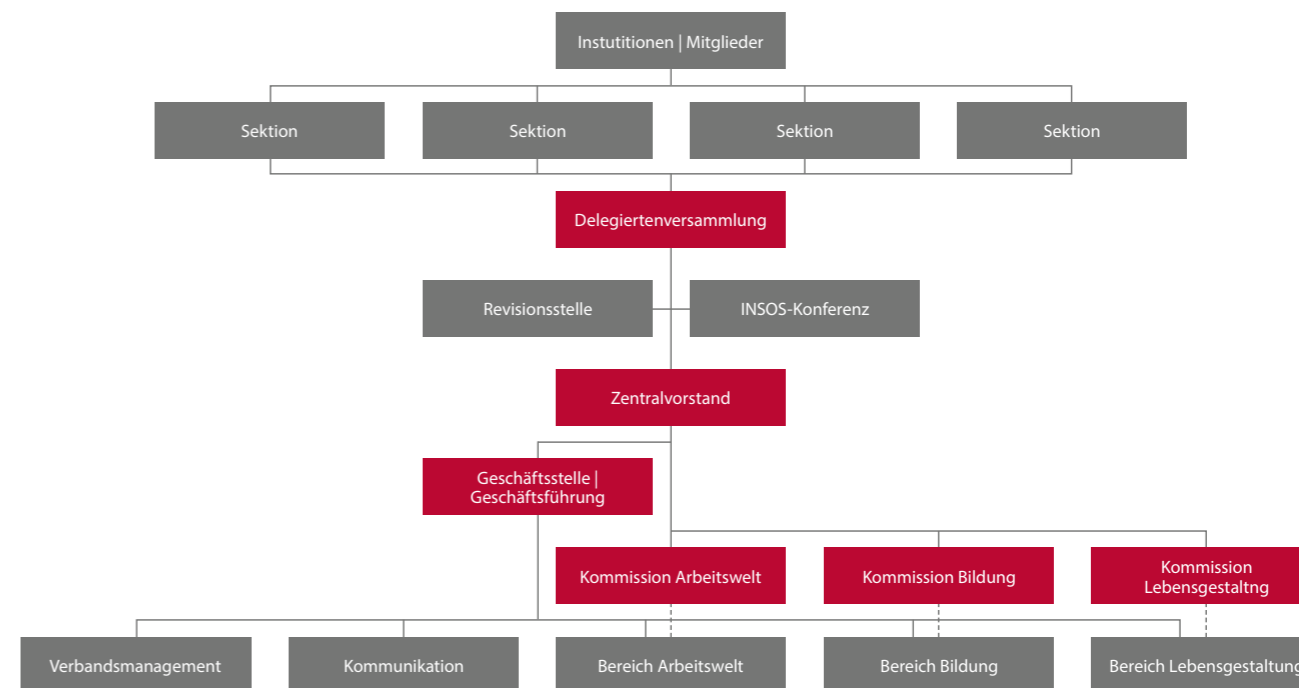
INSOS Schweiz will auch in Zukunft wichtigster Ansprechpartner der Institutionen für Menschen mit Behinderung sein und hat sich deshalb reformiert. Der Verband ist näher zu den Mitgliedern gerückt und will noch vernetzter arbeiten.

Schlanke Struktur

Die Struktur von INSOS Schweiz war bislang komplex und verlief über drei Ebenen: über eine nationale, eine regionale und eine kantonale. Nach dem Ja der INSOS-Delegiertenversammlung zu den neuen Statuten im Juni 2014 wurden im Verlauf der zweiten Jahreshälfte die sechs Regionalverbände aufgelöst. Dadurch konnte INSOS Schweiz mit einer neuen, schlankeren Struktur ins 2015 starten.

Bessere Zusammenarbeit. Seit Anfang Jahr arbeitet nun INSOS Schweiz neu direkt mit den 20 INSOS-Sektionen zusammen und rückt damit noch näher zu seinen über 750 Mitgliedern. Mit der neu geschaffenen INSOS-Konferenz, die ein- bis zweimal pro Jahr stattfindet, will der nationale Verband den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Sektionen zusätzlich stärken. Zur Konferenz sind nebst der nationalen Geschäftsstelle und den INSOS-Sektionen jeweils auch die neu geschaffenen Kommissionen eingeladen (vgl. weiter unten).

Direktere Kommunikation. INSOS-Präsidentin Marianne Streiff begrüsst die neue, schlanke Verbandsstruktur: «Auf diese Weise bleibt INSOS Schweiz trotz Kantonalisierung wichtigster Ansprechpartner für die Institutionen für Menschen mit Behinderung und



Die Struktur von INSOS ist mit der Abschaffung der Regionalverbände schlanker geworden | Grafik: Mireille Grädel

kann sich auch unter neuen Vorzeichen gezielt und mit vereinten Kräften für die Interessen der Mitglieder einsetzen.» Seit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) würden die Vorgaben der verschiedenen Kantone im Bereich Menschen mit Behinderung zunehmend heterogener. «Umso wichtiger ist es für den nationalen Branchenverband, direkt mit den INSOS-Sektionen zu kommunizieren. Denn nur so ist es möglich, sie wirkungsvoll zu unterstützen.»

Vernetztes Arbeiten

Im Rahmen der Strukturreform hat INSOS Schweiz auch seine bisherigen sechs Fachkommissionen aufgelöst. Im Januar 2015 wurden die drei Kommissionen «Arbeitswelt», «Lebensgestaltung» und «Bildung» neu eingesetzt. Über 80 Personen aus Mitgliedsinstitutionen haben sich für die Kommissionsarbeit beworben – «eine beeindruckende Zahl, die von der grossen Bereitschaft zeugt, sich für die Branche zu engagieren», sagt INSOS-Geschäftsführer Peter Saxenhofer erfreut.

Politischer denken. Aufgabe der drei neuen Kommissionen ist es, Trends und Entwicklungen zu beobachten, aktuelle Themen proaktiv aufzunehmen und für die Mitglieder in Form von Tagungen, Workshops, Publikationen oder Downloads aufzuarbeiten sowie an einem attraktiven Dienstleistungsangebot für die Mitglieder mitzuwirken. An Gewicht gewonnen hat ferner die Bedeutung politischer Themen für die Kommissionsarbeit. So sind die Kommissionen zusammen mit der Geschäftsstelle neu auch für das politische Monitoring in ihrem spezifischen Themenbereich zuständig.

Ganzheitlicher zusammenarbeiten. Mit der neuen Einteilung der Fachgebiete will der nationale Branchenverband dafür sorgen, dass die vielfältigen Themen der Bereiche Arbeitswelt und Lebensgestaltung vernetzter und ganzheitlicher bearbeitet werden. Die Kommissionsmitglieder sollen in der neuen Struktur noch stärker über ihren Tellerrand schauen und an fach- sowie themenübergreifenden Projekten arbeiten können.

www.insos.ch > Verband > Kommissionen

Barbara Lauber

Das Wunder von Bern

Liebe INSOS-Mitglieder

Denken Sie beim Wunder von Bern auch spontan an das legendäre WM-Fussballfinale von 1954 zwischen Deutschland und Ungarn, bei dem der Sieg der Deutschen im Berner Wankdorf-Stadion als «Das Wunder von Bern» in die Geschichte einging? «Mein» INSOS-Wunder von Bern ereignete sich in den Wochen kurz nach Jahresbeginn. In einem gut durchdachten, dynamisch geführten und basisdemokratisch gelebten Reformprozess hat INSOS im vergangenen Jahr die eigenen neuen Strategieziele und Strukturanpassungen definiert und genehmigt. Wegleitend waren unter vielem anderen die Antworten auf Fragen zu Grundsätzen und Prinzipien der Verbandsorganisation, zur Motivation der Verbandszugehörigkeit, zum Stellenwert und Leistungsauftrag sowie zur Positionierung des Branchenverbandes als Interessenvertretungs- und Dienstleistungsplattform. Einer der ersten praktischen Umsetzungsschritte war die personelle Besetzung der drei neuen Kommissionen.

Gesucht waren rund 50 Persönlichkeiten, die sich für diese wichtigen Aufgaben zur Verfügung stellen. Der Zentralvorstand entschied sich für eine Ausschreibung direkt bei den INSOS-Mitgliedern. Voller Spannung erwartete ich die Bewerbungen für diese arbeitsintensiven Ehrenämter. Und nun geschah mein Wunder von Bern: Mehr als 80 fähige Führungskräfte standen zur Auswahl. Ich bin überwältigt und zutiefst dankbar. Ein wahrhaft wunderbarer und verheissungsvoller Start ins neue Verbandsjahr und in die Zukunft von INSOS Schweiz!

Herzlich



Marianne Streiff
Präsidentin INSOS Schweiz
Nationalrätin



Der Schritt von der PrA ins Berufsleben

Der Abschluss einer PrA ist eine notwendige, aber nicht ausreichende Voraussetzung, damit die berufliche Integration gelingt: Das zeigt die Studie zu den Arbeitsbiographien von Menschen mit Beeinträchtigung.

Erstmals sind die beruflichen Verläufe von jungen Menschen nach Abschluss einer Praktischen Ausbildung (PrA) nach INSOS analysiert worden. Die Studie der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW und der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH), welche von INSOS Schweiz mitgetragen und begleitet wurde, zeigt: Die PrA ist eine Voraussetzung für berufliche Integration, aber es braucht noch mehr, damit diese gelingt. Erfolgsgeschichten von Absolventinnen und Absolventen kennzeichnen sich durch ein langfristiges und kontinuierliches Übergangsmanagement, welches individuelle Lösungen und einen flexiblen Wechsel von Phasen mit und ohne Unterstützungsleistungen zulässt. Hindernde Faktoren zeigen sich etwa in Form von Informationsdefiziten der PrA-Lernenden zu Berufen, Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsfindungsprozessen. Eine Bewerbung auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz korrespondiert selten mit persönlichen und realistischen Berufsinteressen. Drittmeinungen und der Druck, eine Anschlusslösung finden zu müssen, dominieren. Dies hat weitreichende Folgen, da eine berufliche Ausbildung in der Regel nur einmal finanziert wird und qualifizierende Weiterbildungsangebote fehlen.

Nachteile einer Stelle im ersten Arbeitsmarkt

Bemerkenswert ist auch: Aus Sicht der PrA-Absolventen überwiegen die Nachteile eines Jobs im ersten Arbeitsmarkt, selbst wenn dies ein vielgehegter Wunsch wäre. Doch mehr Selbstständigkeit im Berufsleben geht mit einem Rückgang der Unterstützungsleistungen einher – ein Dilemma für Menschen mit Beeinträchtigung. Umgekehrt sind die beruflichen Perspektiven an einem geschützten Arbeitsplatz noch gering und die Entwicklungschancen entsprechend eingeschränkt. www.insos.ch > [Praktische Ausbildung](#)

Annina Studer, INSOS Schweiz

Kurz notiert

Spardruck in den Kantonen: Hilfreiche Dokumente auf der INSOS-Website

Immer mehr Institutionen sind mit Sparvorgaben des Kantons konfrontiert. INSOS Schweiz stellt deshalb den Kantonalsektionen hilfreiche Dokumente als Downloads zur Verfügung – darunter eine Checkliste, die beim Erstellen eines Massnahmenplans hilft. Zudem stehen auf der Online-Plattform Argumentarien, Medienmitteilungen, Petitionen etc., welche verschiedene Kantonalsektionen im Kampf gegen Sparmassnahmen erarbeitet haben, als Downloads bereit. www.insos.ch > [Politik](#)

Individueller Kompetenznachweis für die Praktische Ausbildung nach INSOS

Die Praktische Ausbildung (PrA) nach INSOS ist bei den Branchenverbänden noch zu wenig anerkannt. Das zeigte auch die Studie zu den Arbeitsbiographien (siehe Text links). Um die Anerkennung zu verbessern, soll ein individueller Kompetenznachweis eingeführt werden: Diese teilstandardisierte Bescheinigung dokumentiert die persönlichen Fähigkeiten der PrA-Absolventinnen und -Absolventen. Nun kommt das Projekt in die entscheidende Phase: Dieses Jahr wird der Kompetenznachweis in der Schreiner- und der Logistikbranche sowie im kaufmännischen Bereich mit Einbezug von erfahrenen INSOS-Ausbildungsanbietern entwickelt und in der Praxis erprobt. Danach ist das Ziel, dass möglichst viele Branchen diesen Kompetenznachweis einführen.

Neue Rechtsberatung für Mitglieder

Neu bietet INSOS Schweiz seinen Mitgliedern eine telefonische und elektronische Rechtsberatung an. Jede INSOS-Institution ist berechtigt, max. dreimal pro Jahr die Rechtsberatung zu nutzen. Eine Beratung bis zu 30 Minuten durch Dr. Hans-Ulrich Zürcher (Bern) ist gratis. Weiterer Aufwand geht zu Lasten der Institution. www.insos.ch > [Dienstleistungen](#)

Veranstaltungen 2015

An vielfältigen Tagungen und Workshops greift INSOS Schweiz neuste Trends auf, vermittelt Fachwissen, stösst Diskussionen an und vernetzt Menschen. Höhepunkt ist auch dieses Jahr der dreitägige Kongress.

7. Mai 2015

Prävention von sexualisierter Gewalt in Institutionen
INSOS-Basisworkshop Prävention in Zürich

9. bis 11. Juni 2015

Der Schweizer Jura: Die Wiege der Uhrenindustrie
INSOS-Studienreise im Schweizer Jura

25. Juni 2015

INSOS-Delegiertenversammlung
Liebefeld - Bern

26. Juni 2015

Der Waldplatz – ein Ort für Menschen mit besonderen Bedürfnissen
INSOS-Workshop in Olten

25. bis 27. August 2015

Zukunft gestalten
INSOS-Kongress in Flims

16. September 2015

Beziehungen eingehen und Sexualität leben
INSOS-Workshop in Olten

29. Oktober 2015

Schwere Behinderung und herausforderndes Verhalten
INSOS-Erfahrungsaustausch in Zürich

17. November 2015

Skill- and Grademix – Personalplanung konkret
INSOS-Fachtagung in Biel

Ausführliche Informationen und Anmeldung unter
www.insos.ch > Veranstaltungen

ClimatePartner^o
klimaneutral

INSOS

Adressen

INSOS Schweiz
Zieglerstrasse 53
3000 Bern 14

Tel 031 385 33 00
info@insos.ch
www.insos.ch

INSOS Suisse
Avenue de la Gare 17
1003 Lausanne

Tél 021 320 21 70
info@insos.ch
www.insos.ch

Impressum

Herausgeber
INSOS Schweiz
3000 Bern 14
Erscheint 3x jährlich

Redaktion
Barbara Lauber
(Leitung);
Barbara Spycher

Titelbild
Annette Boutellier

Abopreis
CHF 30.– (im Mitglieder-
beitrag enthalten.
Einzelnummer CHF 15.–

Gestaltung
Jordi AG, Belp

Layout und Druck
Jordi AG, Belp

Auflage
1600 deutsch
500 französisch

Abdruck mit Quellen-
angabe erlaubt